

Berliner

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig

Volks-Zeitung

Freitag das achtsaitige farbig illustrierte Witzblatt ULK

Mit „Jede Woche Musik“

Moden-Zeitung Sport-Zeitung Film-Zeitung Haus u. Gartenztg Techn.Zeitung Witzblatt, ULK



Strasse 67-68, Moritzplatz, Müllerstrasse 131, Potsdamer Strasse 15, Rathenower Strasse 3, Lindenberger Strasse 79, Rosenfelder Strasse 46, Schillingenparkweg 4, Schönhauser Allee 144, Turmstrasse 41, Wulfer Strasse 1-6, Zimmerstrasse 91, Charlottenberg: Kaiserplatz 50, Kanister 24, Nollendorfer Str. 20-24, Schürrenstrasse 26, Triestenerstrasse 7, Copernicus-Strasse 11, Preussener Heidestrasse 19, Hallesche-Uferstrasse 1, Heerstrasse 1, Lichtstrasse 1, Frankfurter Allee 241, Lichtenrade 1-Weg, Carmer 1-10, Ne-Sölln Berlin-Str. 41, Rosenstr. 20-24, Kaiser-Friedrich-Str. 24, Niederschönhausen: Brückentrasse 22, Pankow: Bernauer Str. 11, Schönewaldener Breite 21, Schönewaldener Höhe 11, 21-24, Martin-Luther-Str. 9, Spandau: Breite Str. 47, Sieglitz: Schönewald-Str. 22, Tegel: Berlin-Str. 18, Tempelhof: Berlin-Str. 141, Truppestr. 1, Kollwitz-Platz 1, Weissenhof: Berliner Allee 247 (Ampelpark), Wilmersdorf: Kaiserplatz 11, Uhlenstr. 81, Prenzlauer Berg: Hauptstr. 41, Prenzlauer Berg: Hauptstr. 5, Frankfurter Allee 241, Regierungsstr. 44, Potsdam: Brandenburger Str. 23, Siedlin: Mönchenstr. 31.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

erschienen täglich zweimal, Sonntags, Feiertage und Montags einmal. Abonnementspreis: monatlich 2 Pfennig, vierteljährlich 6 Pfennig, halbjährlich 12 Pfennig, jährlich 24 Pfennig. Im Voraus zahlbar. Durch die Post 2.50 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Abonnenten keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entrichteten Kapitals. Anzeigenpreis: Die tägliche eine Zeile zu Pfennig, für sechs Anzeigen, eine Wort 10 Pfennig; das Fortdauern vom 20. Pfennig. Inland-Expedition: SW, Zentraler Str. 41-44, Berlin, Post-Direktion Nr. 240. Ausland: für den Fernverkehr Nr. 41-71, Berlin, Post-Direktion Nr. 240. Aufträge an den Verleger, in bestmöglicher Ausführung, an die bekannten Stellen wird nicht gewährleistet. - Filialen: Berlin, 41, Hohenstr. 40, Prenzlauer Berg, 41, Frankfurter Allee 241-246, Charlottenberg, 41, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200.

Marine-Abkommen aufgeklärt - Lambach bekommt Genossen - St. Ingbert bankerott

Waggons - Lokomotiven

Zwei um ihre Existenz ringende Industrien Die Reichsbahn als Retter

Die ausserordentlich schwierige Lage der Waggonindustrie hat sich mit der zunehmenden finanziellen Erstarbung der Deutschen Reichsbahngesellschaft gebessert. Auf die völlige Beseitigung der krisenhaften Verhältnisse in diesem Gewerbe wurde und wird durch Rationalisierungsmaßnahmen hingearbeitet. Es erfolgte, wie noch in Erinnerung sein dürfte, hauptsächlich zwei Zusammenfassungen, nämlich einmal in der westdeutschen Waggonindustrie unter der Firma Vereinigte Westdeutsche Waggonfabriken Akt.-Ges., und zum andern in der Ostdeutschen Waggonindustrie durch Fusion der Waggonfabrik Busch und der Waggonfabrik Werdau mit der Linke-Hofmann-Werke Akt.-Ges., die im Zusammenhang damit ihr Aktienkapital im Juli d. J. von 21 auf 30 Millionen Mark erhöhte und den Namen des Unternehmens in Linke-Hofmann-Gusswerke Akt.-Ges. abgeändert hat. Diese beiden Transaktionen, die im Rahmen der Ende 1926 unter dem Protektorat der Reichsbahn gegründeten Deutschen Wagenbau-Vereinigung zustande gekommen sind, bedeuten allerdings erst einen Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung der Rentabilität in der Waggonindustrie, die namentlich in den Jahren 1924 bis 1926 erhebliche Verluste erlitten hat und verschiedentlich Kapitalzusammenlegungen vornehmen musste.

Wenn die Ziele heute noch nicht erreicht sind, so liegt das daran, dass ein nennenswerter Teil der deutschen Waggonfabriken sich der Zusammenschlussbewegung fern gehalten hat, und dass bis jetzt kein bestimmtes Rationalisierungsprogramm vorliegt. Immerhin hat schon eine gewisse Gesundung Platz gegriffen, die sich namentlich auch in dem vor einigen Tagen von der Waggon- und Maschinenbau-Akt.-Ges. Gurlitz vorgelegten Abschluss für 1927/28 - bei mehr als vierfachem Reingewinn Dividendenerhöhung von 8 auf 10 Prozent - ausdrückt. Es handelt sich übrigens hier um ein Unternehmen, das der Ostdeutschen Waggonindustrie nicht beigetreten ist, da es seinen Eigenbetrieb für rationell hält. Das Resultat hat dieser Auffassung Recht gegeben, allerdings hat die Gesellschaft im Jahre 1926 eine sehr scharfe Sanierung durch Zusammenlegen des früheren Kapitals von 12 Millionen Mark im Verhältnis von 5:1 vorgenommen und dann das Kapital nur auf 6 Millionen Mark wiedererhöht. Bemerkenswert sind die Ausführungen der Verwaltung dieses Unternehmens im Geschäftsbericht, und zwar insbesondere, als mitgeteilt wird, dass das neue Geschäftsjahr unter den von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft vorgesehenen Streckungsmassnahmen zu leiden haben wird. Die Reichsbahn ist nämlich im Gegensatz zu der früher üblichen regelmäßigen Beschäftigung mehr und mehr zu einer sprunghaftes Auftragserteilung übergegangen. Statt eines festen Haushaltsplanes auf lange Sicht wird je nach Lage des Verkehrs jetzt kurzfristig bestellt und nach der jeweiligen Finanzlage die kurzfristig in Auftrag gegebene Auftragsmenge wieder gestreckt.

Immerhin lässt die deutsche Waggonindustrie bereits deutlich eine aufsteigende Entwicklung erkennen, während dies bei einer anderen Industrie, deren Gedeihen ebenfalls von der Reichsbahn abhängt, bisher nur in geringem Masse der Fall ist. Es handelt sich um die Lokomotivindustrie, die in der letzten Zeit sehr viel in der Öffentlichkeit von sich reden gemacht hat. Die kritische Lage dieser Industrie, die dadurch beleuchtet wird, dass die Bestellungen der Reichsbahngesellschaft in den Jahren

London beruhigt Kellogg

Kein englisch-französisches Geheimabkommen über die Flottenabrüstung Amerika soll Aufklärung erhalten

LONDON, 21. August. Wie Reuter erfährt, werden die in einigen Kreisen verbreiteten Andeutungen, dass das britisch-französische Flottenabkommen irgendeine dunkle Bedeutung habe, in gut unterrichteten Kreisen scharf zurückgewiesen. Es wird erklärt, dass das Uebereinkommen einen Schritt nach vorwärts bedeute, und dass es sich nicht um ein Uebereinkommen zwischen Frankreich und Grossbritannien allein handle, sondern dass dieses Uebereinkommen nur in Kraft treten kann, wenn die anderen Mächte, die der Seeabstimmungskommission angehören, ebenfalls beitreten.

Der Wortlaut des Uebereinkommens ist den anderen in Betracht kommenden Mächten mitgeteilt worden und die Vereinigten Staaten haben Aufklärung über einige Punkte erbeten, über die nun seitens der britischen Regierung eine Antwort erteilt worden ist. Zu den Klagen darüber, dass das Abkommen nicht veröffentlicht wird, wird mitgeteilt, dass von einer Veröffentlichung Abstand genommen worden sei, um eine gewisse Elastizität zu gewährleisten, die nicht möglich gewesen wäre, sobald die Bestimmungen bekanntgegeben werden seien.

PARIS, 21. August. Die Agentur Havas veröffentlicht eine längere Erklärung, die den Zweck hat, verschiedenen in der ausländischen Presse erschienenen Kommentaren das französisch-englische Flottenkompromiss entgegenzutreten.

Paris in Erwartung Stresemanns

Stresemann wird während seines Besuchs in Paris in der deutschen Botschaft wohnen. Es bestehen Gründe für die Annahme, dass die französische Regierung den ersten offiziellen Besuch eines deutschen Ministers seit 1871 durch eine besonders liebenswürdige Gastfreundschaft betonen wollte.

Die Unterzeichnung des Paktes gegen den Krieg im Ehrensaal des Quai d'Orsay wird nach einer Mitteilung des Auswärtigen Amtes mit grosser Feierlichkeit erfolgen.

Si vis pacem, para pacem!

Ein goldener Federhalter für den Kellogg-Fakt

Wie das „Journal“ aus Le Havre meldet, wird der Bürgermeister dieser Stadt Staatssekretär Kellogg bei seiner Ankunft im Namen der Stadt einen massiv-goldenen Federhalter mit einer Widmung und der Inschrift „Si vis pacem, para pacem“ überreichen und dazu den Wunsch ausdrücken, dass sowohl Kellogg wie auch die anderen Staatsmänner sich bei der Unterzeichnung des Antikriegspaktes dieses Federhalters bedienen möchten.

Die Inschrift des Federhalters „Si vis pacem para pacem“ (Wenn du den Frieden willst, arbeite für den Frieden) ist eine Entgegnung auf das von den Kriegsfanatikern bis zum Erbrehen zitierte und mit dem bekannten blutigen Ergebnis befolgte Wort „Si vis pacem, para bellum“ (Wenn du den Frieden willst, bereite dich zum Kriege vor).

1924 bis 1928 im Durchschnitt nur 120 Stück im Jahre, das heisst nur etwa 7 Prozent der normalen Vorkriegsvorgaben, betrogen, hat Ende Juli d. J. eine Arbeitsgemeinschaft in der deutschen Lokomotivbauindustrie entstehen lassen. Diese Arbeitsgemeinschaft, der unter Führung der Lokomotivfabrik Henschel u. Sohn G. m. b. H. in Kassel die Fabriken A. Borsig, Berlin-Tegel, die Berliner Maschinenbau Akt.-Ges. vorm. L. Schwartzkopf und I. A. Maffei Akt.-Ges. in München angehören, wendet ihr Augenmerk hauptsächlich der Steigerung der Leistungsfähigkeit und Schnelligkeit der Lokomotiven unter strengster Wahrung der Betriebssicherheit zu, wobei zugleich die bessere Ausnutzbarkeit der Lokomotivleistung mit erhöhter Kohlen- und Betriebsstoffersparnis verbunden sein wird. Die Arbeitsgemeinschaft hat unverzüglich eine an die Reichsregierung gerichtete Denkschrift vorgelegt und darin nach Schilderung der bedrohlichen Situation drei Anträge gestellt. Einmal solle der Reichsbahn seitens des Reichs ein Kredit von zunächst 50 Millionen Mark bis Ende 1929 gewährt werden, damit mit grösster Beschleunigung eine entsprechende Anzahl von Lokomotiven bei denjenigen deutschen Lokomotivfabriken bestellt werden kann, die infolge ihrer Betätigung auf dem Auslandsmarkt der deutschen Volkswirtschaft Nutzen bringen. Zweitens wurde die Einleitung von Massnahmen gefordert, um durch Zusammenfassung und Uebertragung von Aufträgen auf eine geringere Anzahl von für die deutsche Wirtschaft wertvollen Fabriken eine Gesundung der Lokomotivindustrie und damit auch eine Verbilligung der

Produktion herbeizuführen, wie dies durch solche Massnahmen bei der Waggonindustrie erreicht wurde. Drittens verlangte man Unterstützung der auf diese Weise ausscheidenden Werke mit dem Ziele, ihnen die Umstellung auf andere Fabrikationszweige zu ermöglichen. Das Reichsverkehrsministerium hat sich im Benehmen mit der Reichsbahn bereits mit diesen Anträgen befasst und die Notwendigkeit anerkannt, dem deutschen Reich eine leistungsfähige und ausreichende Lokomotivindustrie zu erhalten. Es hat aber andererseits - unseres Erachtens mit Recht - darauf hingewiesen, dass es unter den heutigen Verhältnissen auf lange Zeit hinaus völlig unmöglich sein werde, sämtliche vorhandenen Lokomotivfabriken - zurzeit 20 Firmen - in ihrem jetzigen Umfang auch nur einigermaßen ausreichend zu beschäftigen. Auch in seinen anderen Teilen wurde der Hilferuf der Lokomotivindustrie von der Regierung abgelehnt. Dass diese sich mit der Antwort der Regierung nicht zufrieden gibt, geht aus einer neuen Erklärung der Arbeitsgemeinschaft hervor. Zu einer befriedigenden Lösung der Frage wird man in der Tat wohl nur durch ein engeres Zusammenarbeiten der Reichsbahn mit den Lokomotivfabriken, zum mindesten durch Mitwirkung bei der Auswahl ihrer Lieferwerke, kommen können. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Lokomotivfabriken, ähnlich wie die Waggonfabriken, zunächst einmal den Weg zur Zusammenarbeit untereinander finden und dann als geschlossene Liefergemeinschaft mit der Reichsbahn zusammenarbeiten.

Blutiges Komödienspiel in Albanien

Wie Achmed Zogu König von Mussolinis Gnaden wird — Die systematische Ausbeutung des albanischen Volkes

In Albanien wird man in den nächsten Tagen der europäischen Kulturwelt eine üble politische Komödie vorspielen. Achmed Zogu, der mit Hilfe des faschistischen Italiens seit Jahren ein verheerendes Willkürregiment über das albanische Volk ausübt, will sich, wie aus Tirana gemeldet wird, am kommenden Sonntagabend von der konstituierenden Versammlung zum albanischen „König“ ausrufen lassen. Um die Aussenwelt glauben zu machen, dass dies der „Wille des Volkes“ sei, treiben die Agenten Achmed Zogus seit einigen Tagen die verängstigte Bevölkerung auf die Strasse, um sie für die Errichtung eines Königreichs Albanien „demonstrieren“ zu lassen.

In Wirklichkeit wird das grausam geknechtete albanische Volk seit Jahr und Tag nicht mehr danach gefragt, welche politische Regierungsform es sich wünscht. Die sogenannte „konstituierende Versammlung“ besteht aus Männern, die von der Gnade Achmed Zogus und seines italienischen Verbündeten abhängig sind, und die nicht das Recht haben, sich auf das Vertrauen des albanischen Volkes zu berufen. Sie sind die Mitschuldigen eines politischen Abenteuerers, der aus persönlichen Ehrgeiz mit dem Schicksal seines Landes ein zerrützeltes Spiel trieb. Um sich an der Macht halten zu können, musste Achmed Zogu der italienischen Regierung weitgehende Rechte in Albanien einräumen.

Während das albanische Volk in erschreckendem Armut und Unkultur gehalten wird, können italienische Unternehmer den wirtschaftlichen Reichtum des Landes ausbeuten, das heute nicht viel mehr ist, als eine einträgliche Kolonie Italiens.

Es besteht kein Zweifel daran, dass Achmed Zogu sich erst der Einwilligung Mussolinis versichern musste bevor er seine eiten Königpläne verwirklichen konnte. Welchen Preis er dafür den Italienern zahlen musste, ist vorläufig noch nicht bekannt. Soviel ist aber sicher, dass das faschistische Italien an der Erhebung ihres Schützlings zum albanischen König geundig profitieren wird, um seine Bedenken gegen diese Aenderung der politischen Verhältnisse zurückzustellen. Welche Vorteile die Italiener aus der Herrschaft Achmed Zogus ziehen, kann man aus folgendem Beispiel ersehen:

Dem „Parlament“ in Tirana ist kürzlich ein Gesetzentwurf über die Bevorzugung italienischer Staatsbürger beim Landwerb vorgelegt worden. Dieses Gesetz wird zur Folge haben, dass der wertvolle Boden Albanien für billiges Geld an italienische Grundstückspekulanten verkauft wird, wobei man den unwissenden albanischen Bauer systematisch übervorteilt und von seiner Scholle vertriebt.

Mit der Herrschaft Achmed Zogus ist für das italienische Spekulantentum in Albanien eine Blütezeit herangebrochen; der Bodenschacher bringt ihm jahraus, jahrein Millionen-gewinne.

Kein Wunder also, wenn Mussolini ohne weiteres dafür zu haben war, seine Kreatur Achmed Zogu zum König von Albanien zu machen.

Über die Persönlichkeit dieses Mannes, den man in den nächsten Tagen in die Reihe der europäischen Monarchen aufnehmen wird, ist nicht sehr viel zu sagen. Er entstammt dem sogenannten „Bauernadel“ Albanien und hat eine recht mangel-

hafte Schulbildung genossen. Drei Jahre lang wurden ihm die primitivsten Kenntnisse im Lesen und Schreiben beigebracht, während er im übrigen schon in seinen Jünglingsjahren ausgiebige Gelegenheiten hatte, sich als Raufbold und Bandenführer zu betätigen. Während des Krieges ging er mit seiner Bande zu den Oesterreichern über, um gegen die Italiener zu kämpfen. Was ihn aber später nicht daran hinderte, mit italienischer Hilfe die Macht über Albanien an sich zu reißen.

Allgemein bekannt sind seine Eitelkeit und seine Verschwendungssucht.

Achmed Zogu lässt sich mit Vorliebe in einer weissen, reich verzierten Phantasiestoffen photographieren.

Seine äussere Erscheinung ist aber nichts weniger als militärisch. Sein bunter Aufputz lässt ihn als eine Art „Operettenkönig“ erscheinen. Zu seinen schlimmsten Fehlern gehört jedoch

seine masslose Verschwendungssucht, die in schreiendem Gegensatz zu der Armut des Volkes steht. Sehr viele Mittel erfordert die Bezahlung seiner Kreaturen, die sich für schnelles Geld dazu hergeben, die Schreckensherrschaft dieses eiten Diktators zu stützen. Alle öffentlichen Aemter sind mit solchen nichtswürdigen Elementen besetzt, die hohe Gehälter einstecken, während in Wirklichkeit niemand anders als Italiener regiert.

Das Unglück des albanischen Volkes ist es, dass es nicht nur arm, sondern auch kulturell rückständig ist. Die Machthaber haben es von jeher für gut befunden, das Schulwesen zu vernachlässigen, so dass die ärmere Bevölkerung fast durchweg aus Analphabeten besteht. Denn von jeher ist die Unwissenheit einer Bevölkerung die beste Waffe in der Hand politischer Tyrannen gewesen, die auf die Dummheit der Massen spekulieren. Und vielleicht glaubt Achmed Zogu ernsthaft, dass er mit der Errichtung eines Königreichs dazu beitragen kann, seine wankende Macht in Albanien zu befestigen. Anselm Joel.

Teilstreik in der Herrenkonfektion

Von heute früh ab — Möglichkeit der Streik-Ausdehnung

Gestern Abend nahmen die Betriebsversammlungen der Bekleidungsarbeiter der Berliner Konfektion zu dem Lohnkonflikt Stellung. Es wurde beschlossen, von heute ab den Streik in etwa neun Betrieben mit etwa 1200 Arbeitern durchzuführen.

In allen übrigen Orten Deutschlands wie Stettin, Breslau, Hamburg, München, Frankfurt und Mainz wurden ähnliche Beschlüsse gefasst. Soweit sich die Lage für Deutschland übersehen lässt, werden von den 40000 deutschen Bekleidungsarbeitern ab heute morgen etwa 5000 in den Kampf treten.

Die Bekleidungsarbeiter sind gewillt, die Kampffront zu erweitern.

wenn die Arbeitgeber sich nicht zu einer vernünftigen Lohnregelung bereit erklären.

Durch Schiedspruch wurde für die Arbeiter eine Lohnerhöhung von insgesamt 11 Prozent bestimmt. Fünf Pfennig Lohnerhöhung sollten ab 13. August und weitere 5 Pfennig ab 1. November in Kraft treten. Dieser Schiedspruch wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Daraufhin hatten die Arbeitnehmer die Verbindlichkeit dieses Schiedspruches beim Reichsarbeitsministerium beantragt, doch erklärte der Reichsarbeitsminister, der beantragten Verbindlichkeit nicht stattgeben zu können, weil die im Schiedspruch vorgesehene Lohnerhöhung für die Arbeitgeber der deutschen Konfektion untragbar sei.

Die richtige Verfassungsfeier

Schüler ehren die Republik

Im Plenarsitzungsraum des Reichswirtschaftsrats fand gestern die angekündigte Verfassungsfeier der republikanischen Schüler des Werner-Siemens-Realgymnasiums statt; es war eine über alles Erwartete eindrucksvolle Demonstration für die republikanische Schule und ein Beweis für die republikanische Bekanntheit der Jugend.

Bereits eine Viertelstunde vor Beginn war der grosse Saal überfüllt. Gleichzeitig mit der Hauptversammlung musste eine Parallelversammlung abgehalten werden, die gleichfalls überfüllt war. Das preussische Kultusministerium hatte sein Sympathie für diese Feier durch Entsendung zweier Ministerialräte bekundet. Der Kultusminister, der gestern nicht in Berlin weilte, hatte in einem freundlichen Schreiben seinem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, der Feier nicht beiwohnen zu können. Das Provinzialschulkollegium war durch Oberschulrat Hardke, der die Untersuchung im Werner-Siemens-Realgymnasium führte, vertreten. Von Lehrerkollegium war nur ein Mitglied, das als eifriger Förderer fortschrittlicher Ideen bei der Schülerschaft sehr beliebt ist, erschienen.

Die Feier wurde durch einige Worte des Vorsitzenden, Senats-

präsidenten Dr. Freymuth, eröffnet, der auf die Neuartigkeit dieser öffentlichen Schülerversammlungsfeier hinwies und diese Bestrebungen der Jugend auf das wärmste begrüsste. Der Vorsitzende des Schülersausschusses, Oberprimarier Cohn, setzte in einer Rede, der minutenlang Beifall folgte, den Zweck dieser Feier auseinander: Nicht Demonstration gegen einzelne reaktionäre Personen, sondern

Demokratie für die republikanische Schule, die zur Staatsbejahung erzieht, und in der es als keine politische Entleerung betrachtet wird, von der Republik und ihrer Verfassung zu sprechen.

Es sei wohl das erstmal, dass die Schüler aus ihrer Schule ausgezogen seien, um ihren Lehrern zurufen: Lebri uns unsere Republik lieben.

Nach einem weiteren Referat eines Schülers der Mittelklassen, das in seinem starken Bekannnis zum Gegenwartsstand ebenfalls lebhaften Beifall fand, sprachen Oberstudienrat Dr. Böhrner, Mitglied der demokratischen Landtagsfraktion, Oberstudienrat Dr. Müller (Potsdam) und Oberstudienrat Dr. Hildebrandt über Verfassungsthemen, die mit der Jugend besonders eng zusammenhängen. Der Enthusiasmus der begeisterten Jugend, von dem auch die Lehrer ergriffen wurden, steigerte sich noch durch die Verlesung zahlreicher Sympathietelegramme anderer republikanischer Schulen.

Jack Smith und Moser

Abschied vom alten Kabarett der Koniker

Zum 1. September wird bei Robitschek und Morgan gezogen, in ein neues Haus, ein grosses Theater, in dem man auf richtigen Stühlen sitzen soll und sich nicht mehr die Knie wund stossen wird. Wir wollen es hoffen.

Im Palmenhaus sieht es nach Abschied aus. Das Programm bietet nichts Neues, weil man alle Attraktionen für den Lehliner Platz aufspart. So wartete man mit „ollen Kamellen“ auf. Der „Fall Kuhlmeier“ kam zum ...zigsten Mal zur Verhandlung, doch Adalbert erfreut immer, wenn man das Stück auch schon auswendig kann. Sehr amüsant war ein Komiker namens Fink, der vorzüglich Berliner Typen kopierte. Sein Lachschwengel und der stotternde Festsredner waren Kabinettstücke. Dann kam ein sonderbares musizierendes Mädchen, das mit einer Ziehharmonika Schlangentänze aufführte. Fürchterlich!

... und dann Jack Smith, der Flüsterbariton, die lebende Grammophonplatte, den jeder liebt, den jeder immer wieder summt, singt und hört. Jack Smith, der scharmanten Plauderer, Jack Smith, die Attraktion. Bravo, Jack Smith! Aber Hans Moser! Hans Moser als Czernowitzer Bürger. Kennen Sie Czernowitz? Sehen Sie Moser, und Sie wissen Bescheid. Moser ist unübertriebenlich, Moser ist unannahmlich. Doppeltes Bravo, Hans Moser!

Robitschek konfertierte. Er spart seine Witze für das neue Haus. Soll er. —el.

Bei dem „Fest der Volksbühne“, das am 1. September in Treptow stattfand, wurde ein Programm von 120000 Zuschauern und 1000000 Reichsmark der Volksbühne, der Friedrich-Hegar-Chor, der Junge Chor, der Berliner Sängerkreis und der Volkstheater des Südostens, ferner drei Volkstanztruppen und mehrere namhafte Bühnen- und Kabaretttruppen. Ausserdem wird den Besuchern ein Feuerwerk und eine Freierlöschung von mehreren tausend Theaterkarten und Büchern gegeben. Einlasskarte 0,75 Mark.

Feststellung der Bühnengemeinschaft im Primus-Palast. Die Gemeinschaft Deutscher Bühnennachgebirger veranstaltet am Donnerstag, 30. August d. J., 8 1/2 Uhr abends, im Primus-Palast anlässlich der Uraufführung des ersten Aufzuges des diesjährigen Schauspiels „Robert und Bertram“, mit Harry Liedtke in der Hauptrolle, eine Festvorstellung zugunsten ihrer Wohlfahrtskassen. Harry Liedtke wird persönlich anwesend sein. Die Leitung des Festprogramms liegt in den Händen von Karl Weiss. Kartenvermerkung nimmt der Primus-Palast schon jetzt entgegen.

Revolution im Autobus

Von Nikita Kryschkin (Moskau).

„Alles besetzt! Bürger, drängeln Sie nicht! Klettern Sie sofort herunter! Halten Sie den Verkehr nicht auf! ... Wird's bald?“

„Ach was! Die Leute von hinten rücken absichtlich nach vorn, um den Zugang zu versperrern! Ich habe keine Zeit, zu warten!“

„Stosst ihn in die die Rippen! Packt ihn beim Kragen!“

„So, — feste ran! Jetzt bin ich drin! Abfahren, Schaffner! — Sie, Nachbar! He! Bafd werden wir wie in Sowjetruand ohne Fahrtschein fahren!“

„Woher denn, Bürger? Auf Freikarten etwa?“

„Ach was, Freikarten! Man spricht von folgendem Projekt: Am Eingang des Autobus wird eine Drehtür eingebaut, die jeden Einsteigenden automatisch registriert!“

„Famos! Dann brauchen wir kein Einwohnermeldeamt mehr! Hahaha!“

„Hihihi!“

„Da ist nichts zu lachen, meine Herren Bürger! Das ist mein vollster Ernst. Nur so kommt der Schaffner zu seinem Gelde.“

„Also sozusagen eine Mechanisierung der staatsbürgerlichen Ehrlichkeit. Aber wer nur ein bisschen gelenkig ist, der wird sich flink und geschickt durch die Drehtür hinein- und hinausdrehen.“

„Ausgeschlossen. Gezählt muss werden.“

„Der Herr hat recht. Im Auslande, da gibts Strassenbahnen ohne Schaffner und ohne Kontrolleur — da hängt einfach eine Sammelbüchse aus — du steckst dein Fahrgeld hinein und fährst, wohin du willst.“

„Ja, ja, im Auslande, da blüht die Kultur, aber bei uns in Moskau würde die Nachfrage nach Hosknöpfen sehr bald ins Ungemessene steigen.“

„Keine Angst vor Hosknöpfen! Man könnte einen geschulten Automaten aufstellen, der alle Knöpfe sofort auspackt.“

„Es geht auch ohne Spucke und ohne Kontrolleur. Das Publikum kann sich gegenseitig kontrollieren.“

„Es wird sich schonsteden bedenken.“

„Aber ich bitte Sie, meine Herrschaften. Kein noch so blinder Passagier darf sich gekränkt fühlen. Die Solidarität — über alles! Und der Kulturfortschritt! Verstehen Sie mich recht!“

Die Strassenbahn ist doch das für uns nationalisierte Volkseigentum, sie wird von unserem Gelde unterhalten, wir sind die Herren und Besitzer, wir werden uns nicht leicht über unsere Fahrgeldentnahme herablassen! Das sollte doch endlich jeder Sowjetbürger begreifen!“

„Begriffe es, wer's kann! Ich für meine Person wünsche nicht, dass das Publikum mir Zahnvorschriften macht. Wenn ich Lust hab, zahle ich; wenn nicht — fahre ich umsonst.“

„Da müsste man Sie beim Kragen packen ...“

„Was? Versuchen Sie's nur! Sie sind mir grad' der Rechte.“

„Sie trauen's mir wohl nicht zu?“

„Lümmel!“

„Selber ein Lümmel! Also jetzt pass' auf! ...“

„Still da vorne! Wer drängt da?“

„Da hast du eins!“

„Hilfe! Miliz!“

„Sitzten bleiben! Zum Teufel!“

„Und so was nennt sich Publikum!“

„Und so was nennt sich kulturelle Revolution!“

„Jawohl, — nennt sich!“

„Ru-uhel!“

„Was ist denn passiert?“

„Wie ist denn der ganze Krach entstanden?“

„Zwei Bürger stritten um die Kulturaufgaben der Revolution.“

„Ach, nur wegen eines Wortstreits? Kinder, Kinder, wie wird's erst werden, wenn wir die kulturelle Revolution in die Tat umsetzen!“

„Die ungeküsstete Eva“ durfte im Nollendorfertheater ihren 50. Geburtstag feiern. Ungeachtet dieses fortgeschrittenen Alters war die Aufführung frisch und lebendig, dass unsere Glückwünsche herzlich sind.

Im Theater i. d. Küstgräzter Strasse musste die Uraufführung von Arnolt Bronnens Lustspiel „Reparationen“ für kurze Zeit verschoben werden. Das Stück wird noch im Laufe der ersten Hälfte der Spielzeit in der Inszenierung Victor Danowsky mit Carl Bois in der männlichen Hauptrolle in Szene gehen. Als erste Uraufführung wurde dabei für Anfang September Hermann Ungars Schauspiel „Doknamensk“ (Der rote General) mit Erig Korfert in der Titelrolle angesetzt. Bis dahin geht ab Mittwoch, 22. d. M., „Leinen aus Irland“ mit Carl Bois und der übrigen Premierbesetzung in Szene.

Deutschnationale Demaskierung

Ausschluss von drei „nationalen“ Gewerkschaftsfunktionären aus der Deutschnationalen Partei Deutschnationale Ablehnung des Gewerkschaftsgedankens

Wie der „Politisch-gewerkschaftliche Zeitungsdiener“ mitteilt, hat der Vorstand des Landesverbandes Hannover-Süd der Deutschnationalen Volkspartei in seiner Sitzung vom 18. August einstimmig bei einer Stimmenthaltung den Antrag auf Ausschluss der Gauvorsteher Ivers, Teichmann und Toll aus der Deutschnationalen Partei angenommen. Ob die Ausgeschlossenen Berufung beim Parisergericht einlegen werden, steht noch nicht fest.

Ivers und Teichmann gehören dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband an, Toll ist Funktionär im Deutschen Werkmeisterbund. Dem Ausschluss Lambachs ist somit der Ausschluss weiterer Vertreter der „nationalen“ Gewerkschaftsbewegung gefolgt. Gibt es einen besseren Beweis für den sozialreaktionären Geist in der Deutschnationalen Volkspartei? Werden die den „nationalen“ Gewerkschaften angehörenden Angestellten und Arbeiter unendlich begreifen, dass sie zwar die Pflicht haben, deutschnational zu stimmen, dass sie aber kein Recht haben, wirtschaftliche und soziale, sich aus den Verhältnissen der gegenwärtig ergebende Forderungen zu erheben? Dass man sie, um es kurz und deutlich zu sagen, lediglich als deutschnationales Stimmvieh braucht, über dessen Interessen man nach der Wahl in der Deutschnationalen Partei rücksichtslos zur Tagesordnung übergeht?

In der letzten Woche tagte in Breslau der glänzend verlaufene Bundestag des Gewerkschaftsbundes der Au-

gestellten; wer ihn miterlebt hat, der weiss, dass dem Ringen der staatspositiv eingestellten Angestellten um soziale Besserstellung, um gesellschaftliche Gleichberechtigung und um Wirtschaftsdemokratie nicht nur eine hohe sittliche Kraft, sondern auch stärkste kulturelle und nationalpolitische Bedeutung innewohnt. Gegenüber diesen klaren Zielen hat der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband ein Programm verschwommener Redensarten, immerhin muss auch diese Organisation gewerkschaftlich Farbe bekennen, wenn sie es auch mit allerlei Vorbehalten und Umschreibungen tut. Sie kann sich letzten Endes auch nicht staatsgegerich gebärden. Darum hat Herr Bechly, der Führer dieses Verbandes, noch vor dem Artikel des Herrn Lambach einen Vortrag gehalten, der diesen Erfordernissen Rechnung trägt. Das ist für den deutschnationalen Abgeordneten Freytag-Loringhoven hinreichend Anlass, gegen den Gewerkschaftsgedanken in der „Deutschen Zeitung“ des Herrn Class wie folgt vom Leder zu ziehen:

„Der Vorstoss des Herrn Lambach stellt sich nicht mehr als impulsive Handlung dar, die dem idealistischen Sehnen der Jugend zu ihrem Recht verhelfen wollte. Er erscheint als planmässige taktische Operation, die dem von Herrn Bechly gewiesenen strategischen Ziel dienen soll. Als dieses aber stellt sich die Herrschaft der Gewerkschaften dar, die vielleicht zunächst mit den Unternehmerorganisationen geteilt werden muss, die aber jedenfalls nur erreicht werden kann, wenn der Anspruch der Wirtschaft auf die unbedingt führende Stellung anerkannt ist. Mit Jugend und Idealismus hat dies nicht nur nichts zu tun, es steht vielmehr in krassestem Widerspruch zu dem, was idealistische Jugend will.

... Zweifellos sind viele Mitkämpfer in diesem Feldzuge vollkommen gutgläubig. Auch Herr Bechly ist sicherlich davon

überzeugt, dass die Herrschaft der Gewerkschaften von nationalen Mythen überschattet sein und deshalb nicht zu einer Materialisierung unseres politischen Lebens führen wird. Ebenso sei Herrn Lambach guter Glaube als etwas Selbstverständliches zugestanden. Doch dieser gute Glaube vermag nichts daran zu ändern, dass das Ziel dieser Männer für unser Volk verderblich ist, dass die Herrschaft der Wirtschaftsgruppen uns zugrunde richten würde, weil sie beim besten Willen nicht anders konnten, als Grundsätze und Ideale wirtschaftlichen Interessen zu opfern. Er vermag auch nichts daran zu ändern, dass der Vorstoss des Herrn Lambach kein Kampf für die Ideale der Jugend ist, sondern eine Aktion zugunsten der Wirtschaftsvorstände. ... Dass er seinem Vorstoss die Bedeutung einer isolierten Handlung gab, dass er über die weiteren Pläne schwieg, war unter taktischen Gesichtspunkten eine Selbstverständlichkeit.

Das sind die Zusammenhänge, deren Berücksichtigung allein dem sogenannten Fall Lambach verständlich macht. Nur aus ihnen heraus kann er richtig beurteilt werden. Nur die Erkenntnis seiner wahren, tieferen Bedeutung gibt uns die Möglichkeit, unsere Kräfte nicht in einem Scheingefecht zu verschwenden, sondern sie wirksam einzusetzen im Kampf gegen Bestrebungen, die unser Volk zugrunde richten müssen. In diesem Kampf können wir nur siegen, wenn wir die Jugend an unserer Seite haben. Deshalb müssen wir vor allem die Augen darüber geöffnet werden, dass es hier nicht um sie und ihre Ideale geht, sondern um den Machtwillen der Gewerkschaften.“

Freytag-Loringhoven gehört zu den Intimen des Herrn Hugenberg, die die Deutschnationale Partei beherrschen. Für sie gibt es keine Anerkennung des Gewerkschaftsgedankens. Sie wollen höchstens gelbe Arbeitervertreter, die bei Strafe der Subventionsentziehung Order zu parieren haben. Der Vorfall zeigt erneut, dass ein gewerkschaftlich denkender Angestellter, Arbeiter oder Beamter in der Deutschnationalen Volkspartei nichts zu suchen hat.

Krach in der Wirtschaftspartei

Unfähige Führung

Das Hamburger Organ der Wirtschaftspartei, „Der Mittelstand“, veröffentlicht in seiner letzten Nummer die Beschwerden einer grossen Anzahl von Hamburger Ortsgruppen gegen die dortige Parteileitung. Von dem Vorstand heisst es darin:

„Der Führer fehlt. Mit Ehrbarkeit, Biederkeit und Vereinlichkeitsautorität allein lässt sich der politische Befähigungsnaehweis nicht erbringen. Dem Vorstand fehlt es an Wissen, Scharfsinn, Gemeinsamkeit und Verantwortungsfreudigkeit.“

Die Kassenverhältnisse seien, so heisst es weiter, unübersichtlich, Widerstrebende würden kurzerhand aus der Partei entfernt. Die Leitung treibe verkappte Konspiration für die Deutschnationalen; auf dem Parteibureau seien neuerdings Kaiserbilder aufgehängt worden. Die Opposition kündigt für den am 7. Oktober zusammenzutretenden Reichsausschuss der Partei, der sich mit den Hamburger Zwistigkeiten befassen soll, eine Spaltung der Partei an.

Fordauer der Kreuzer-Erregung

Die Entrüstung in der S. P. D.

Trotz des von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und dem sozialdemokratischen Parteiausschuss den Ministern der Partei wegen ihrer Zustimmung zum Panzerkreuzerbau erteilten Ruffes gehen die Wogen der Entrüstung in den einzelnen Organisationen der S. P. D. doch immer sehr hoch, was beweist, wie sehr die Haltung der republikanischen Minister die Massen aufgewühlt hat.

In Breslau, dem Wahlkreis Löbes, wo die S. P. D. von jeher Anhängerin einer entschiedenen Politik gewesen ist, wurde von den dort versammelten Funktionären der niedersächsischen Sozialdemokraten eine Entschliessung gegen weisse Stimmen angenommen, in der die Forderung auf Zurückziehung der sozialdemokratischen Minister weiter aufrechterhalten wird. Die Funktionäre des Breslauer Parteitagess halten in Uebereinstimmung mit den Genossen in Sachsen die Einberufung eines Parteitagess für notwendig.

Vom Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei in Leipzig wird der Berliner Parteibeschluss als ungenügend verurteilt. Die Leipziger verlangen die Anwendung der Grundsätze des „revolutionären Sozialismus“, auch gelte es, in der Partei die Demokratie durchzusetzen.

Aus diesem Grunde dürfte jetzt keiner die Partei verlassen.

Auch im Rheinland hat die Zustimmung der S. P. D.-Minister zum Kreuzerbau grosse Erregung hervorgerufen, die durch den Parteibeschluss nicht zum Abklingen gekommen ist. Die Kölner Sozialdemokraten nahmen ein scharfes Tadelsvotum gegen die sozialdemokratischen Minister an, forderten allerdings nicht ihren Austritt aus der Regierung. Der Reichstagsabgeordnete Sollmann hatte zuvor in einer Rede den Glauben der Minister, das Zentrum könne bei seiner derzeitigen inneren Verfassung einen offenen Kampf für den Bau des Panzerkreuzers wagen, als einen grossen Irrtum bezeichnet. Dass gegenüber weiteren Rüstungsforderungen die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder noch irgendeine Konzession machen könnten, sei völlig ausgeschlossen.

„Panzerkreuzer, Volkswille und Reichsregierung.“ Unter diesem Titel veranstaltet die Deutsche Liga für Menschenrechte am Freitag, 24. August, um 20 Uhr in den Kammerallen, Teufelstrasse 1-5 (Nähe Hallesches Tor), eine Versammlung, in der unter anderem Helmuth von Gerlach, Dr. Robert Kuczynski, Max Seidewitz und Vertreter vieler Organisationen das Wort nehmen werden. Saalumlage 30 Pfennig. Erwerbloses mit Ausweis frei.

Ueber 500 Parlamentarier der Welt

nehmen an der Jubiläumskonferenz der Interparlamentarischen Union teil

Im Laufe des gestrigen Tages trafen die meisten fremden Parlamentarier zur Teilnahme an der Konferenz der Interparlamentarischen Union in Berlin ein. Bisher sind 561 Teilnehmer für die Tagung angemeldet.

Die Räume des Reichstagsgebäudes sind festlich geschmückt in der Kuppelhalle sind die Standbilder der Reichspräsidenten Ebert und von Hindenburg mit Blumenschmuck umgeben. Vier grosse Banner in den Reichsfarben hängen herab, daneben die Fahnen aller in der Interparlamentarischen Union vertretenen Länder. Der Sitzungssaal des Reichstags, in dem am Donner-

stag 23 Stimmen Japan. Es rangiert deswegen vor Deutschland, weil alle 464 Mitglieder des japanischen Parlaments der Interparlamentarischen Union angehören.

In Deutschland sind nur 261 Reichstagsabgeordnete Mitglieder der Union, darum steht Deutschland mit 20 Stimmen an dritter Stelle.

Grossbritannien folgt mit 17 Stimmen, dann Frankreich, Italien und Polen mit je 16. Rumänien verfügt über 15 Stimmen, die Tschechoslowakei über 14, während Oesterreich nur neun Stimmen abzugeben hat.

Neben den mehr als 500 Parlamentariern werden an den Verhandlungen etwa 200 Damen aus den verschiedensten Ländern teilnehmen. Am heutigen Mittwoch, abends 8 Uhr, findet im Reichstagsgebäude ein Empfangsabend der deutschen Gruppe statt, während am Donnerstagabend die Parlamentarier mit ihren Damen Gäste der Reichsregierung im Marmorsaal des Zoologischen Gartens sein werden.

Die Arbeiten der Kommissionen

Von den gestern zusammengetretenen Kommissionen beschloss die Abrüstungskommission, zur Prüfung der Sicherheitsfrage und der aus dem Kellogg-Pakt sich ergebenden Folgen eine Unterkommission einzusetzen.

Die Kommission für koloniale Fragen nahm eine Entschliessung der im vorigen Jahre eingesetzten Unterkommission an, in der u. a. die Kolonialmandate als Treuhänderschaft charakterisiert werden, so dass die Ausübung einer rechtlichen oder tatsächlichen Souveränität über die fraglichen Gebiete zurückgewiesen werden müsse. Die Konferenz besteht ferner darauf, dass

die Versammlung des Völkerbundes berechtigt sei, einer sich unfähig zeigenden Macht das Mandat zu entziehen, auch solle die permanente Mandatskommission das Recht haben, an Ort und Stelle Untersuchungen anzustellen.

In der Sitzung der Minderheitenkommission machte der ehemalige schweizerische Parlamentarier Studer Vorschläge für die weitere Arbeitsweise der Kommission. Studer betonte, dass die Rechtsordnung, wie sie durch die Friedensverträge festgelegt sei, sehr viel mehr befriedige als das Verfahren der Anwendung dieses Rechtes. Es habe gar keinen Zweck, jetzt an der Vervollkommnung des wirklichen Rechts zu arbeiten, solange nicht das Verfahren gebessert sei.

Weiterberatung und Beschlussfassung wurden auf heute vertagt.

Nach dem
25.
August

berechnet die Post, falls bis zu diesem Termin das Abonnement nicht erneuert ist, eine
Verspätungsgebühr von 20 Pf.

Bestellen Sie die Weiterlieferung unseres Blattes sofort, damit am 1. September keine Unterbrechung eintritt. Es genügt, einen entsprechenden Zettel mit genauer Adresse dem Briefträger mitzugeben oder unfrankiert in den nächsten Briefkasten zu werfen.

tag die Vollsetzung der Konferenz zusammenzutreten wird, ist mit Blumen und Grün geschmückt. Auf der Wandfläche über dem Präsidentensitz ist eine grosse Rosette angebracht mit der Inschrift: Interparlamentarische Union 25. Konferenz, rechts und links davon die Jahreszahlen 1889 und 1923.

Deutschland ist auf der Tagung mit 71 Mitgliedern vertreten. Sie gehören allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und Nationalsozialisten an.

Die Stimmenzahl, die jede nationale Gruppe bei Abstimmungen in die Waagschale zu werfen hat, ist nach dem System berechnet, dass zu fünf Grundstimmen Zusatzstimmen kommen, die sich nach der Bevölkerungszahl und der Abgeordnetenzahl des Landes richten. Die grösste Stimmenzahl haben mit 24 die Vereinigten Staaten von Nordamerika, dann folgt an zweiter Stelle mit

Die Jungdemokratie marschiert

Die jungdemokratische Bewegung, die durch die besonderen politischen Verhältnisse in Thüringen schon seit langem sehr stark hervorgetreten ist, hat sich am vergangenen Sonntagabend als Auftakt zum demokratischen Parteitag zu einem Jungdemokratischen Verband Grossthüringen zusammengeschlossen. In einer aus dem ganzen Lande gut besuchten Versammlung wurde dem ersten Willen Ausdruck gegeben, den demokratischen Gedanken in Thüringen wieder vorwärts zu treiben.

„Bürgerliche“ Wahlhilfe für die Kommunisten. In Altshausheim (Baden) fanden sich seltsame Schwafelgenossen zusammen. Kommunisten, Nationalsozialisten, Wirtschaftliche Vereinigung und Bürgerpartei verhalten einem Kommunisten mit 28 Stimmen zum Bürgermeisteramt. Der bisherige Bürgermeister von der

S. P. D. blieb mit 25 Stimmen in der Minderheit, da zu den 24 sozialdemokratischen Stimmen nur die eine demokratische trat,

St. Ingbert wird saniert

SAARBRÜCKEN, 21. August.

Es ist mit einiger Sicherheit damit zu rechnen, dass sofort eine Sanierungsaktion zugunsten der bankrotten Stadt St. Ingbert vorgenommen wird. Die Zahlungsunfähigkeit soll nur vorübergehend sein. (Siehe auch Beiblatt.)

Henri Barbusse in Russland erkrankt. Der zum Besuch in Sowjetrußland weilende französische Schriftsteller Henri Barbusse ist in Nischni-Novgorod an der Grippe erkrankt. Infolge der ziemlich hohen Fiebertemperatur kann der Dichter seine Reise einstweilen nicht fortsetzen.

